

Islamismus im Nahen und Mittleren Osten

Stephan Rosiny

Die Ideologisierung des Islams

Islamismus ist die zeitgenössische Form der Ideologiebildung im Islam. Er ist die Reaktion auf eine als Bedrohung der Identität und Integration erlebte Anomie, verursacht durch die Krise der Nationalstaaten im Nahen und Mittleren Osten und den oft unvermittelten Globalisierungsprozess. Islamismus ist ein umfassendes, holistisches Bemühen, die Gewissheit der eigenen Stärke wiederzuerlangen und politische, ökonomische und soziale Sicherheit mithilfe einer religiös-politischen Vergemeinschaftung zu erlangen.

Unter Ideologien sollen dabei jene Lehren verstanden werden, die um eine zentrale Bezugsgröße gruppierend ein ganzheitliches Ideensystem konstruieren, das ein Bild vom strukturierten Aufbau der Welt und dem „sinnvollen“ Zusammenleben der Menschen geben soll. Ideologen bieten eine idealistische Vorstellung von der Welt, wie sie sein sollte, und verknüpfen dies in der Regel mit einer klaren Handlungsaufforderung, die Umwelt nach diesem Idealbild zu gestalten. Ideologien, zumal oppositionelle, sind mit einer scharfen Kritik bestehender Verhältnisse und einer dogmatischen Abgrenzung von Anhängern anderer Lehren verbunden.

Islamisten gehen davon aus, dass die Religion des Islams ein holistisches Weltbild beinhalte und Handlungsanweisungen für alle Bereiche des Lebens biete. Laut ihrer Zeitdiagnose durchleben Muslime derzeit eine schwere Krise, weil sie sich durch kulturelle Verwestlichung von ihrer Religion entfernt hätten. Diese kulturelle Entfremdung lasse sich nur durch eine Rückbesinnung auf die Prinzipien des Islams und eine Ausrichtung des Handelns an seinen Maximen überwinden. Die Anhänger dieser Ideologie bezeichnen sich selbst als Islamiyun (Islamisten) und

grenzen sich von den „gewöhnlichen“, nur oberflächlich an ihrem Glauben festhaltenden Muslimen ab, die ihrer Meinung nach den Islam nicht mehr in seiner authentischen und umfassenden Form verstanden und lebten.

Islamismus ist der heute im Nahen und Mittleren Osten dominante politische Topos, und seine Denkmuster finden sich mittlerweile weltweit in fast allen muslimischen Gemeinschaften. Er wird meist von oppositionellen Gruppierungen und Persönlichkeiten vertreten, aber auch von manchen Regimen propagiert, so in Saudi-Arabien, im Iran, Sudan und in Afghanistan unter den Taliban, in gemäßigter Form von der gewählten Regierungspartei AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) in der Türkei. Inzwischen inkorporieren nahezu alle Herrscher der Region zumindest einige seiner Forderungen und imitieren seine sprachlichen Floskeln. Hinter dem gemeinsamen Bezug auf den Islam verbergen sich gleichwohl sehr unterschiedliche Motive und Ideologeme, Organisationsformen und Zielsetzungen, Methoden und Akteure. Die kulturelle Heterogenität islamisch geprägter Gesellschaften und die innerislamische theologische Vielfalt spiegeln sich auch in einer Verschiedenheit islamistischer Bewegungen wider.

Heute wird mittels einer überschwänglichen Produktion religiöser Bücher und Magazine, in Pamphleten und Flugblättern, in Radiosendungen und Tageszeitungen, im lokalen Fernsehen, in regional und weltweit übertragenen Satellitenprogrammen, im Internet, auf Kundgebungen und Demonstrationen, in Moscheen und Parteibüros, auf Konferenzen und Tagungen, aber auch in Chatforen im Internet, in Klassenzimmern, in familiären und anderen privaten Räumen intensiv und kontrovers darüber gestritten, was der Islam in der heutigen Zeit bedeute und wie er zu leben sei. Die Grenze zwischen frommer Alltagspraxis und politisierter Religion schwimmt dabei zusehends. Es gelang den Islamisten, den Diskurs über religiöse Themen weit in ihre Gesellschaften hineinzutragen. Dabei unterliegen sie aber auch ihrerseits einem Lern- und Anpassungsprozess an die lokalen Gegebenheiten, was bei einigen mittlerweile zu einer pragmatischen Wende, zur Mäßigung ihrer Methoden und Ziele geführt hat.

Auf der anderen Seite erfährt der Islam aber auch bei uns, beschleunigt seit den durch muslimische Extremisten verübten Anschlägen des 11. Septembers 2001, eine negativ abgrenzende Ideologisierung. Immer mehr (nichtmuslimische) Europäer und Amerikaner deuten diese Weltreligion undifferenziert als ein homogenes Glaubenssystem, das das Handeln der Muslime wesentlich determiniere. Muslime seien andersartig, fremd und nicht integrierbar in „unsere“ Kultur. Aus den aktuellen Missständen muslimisch geprägter Gesellschaften und aus dem verbrecherischen Handeln extremistischer Gruppierungen, die sich auf den Islam beziehen, leiten sie ein ahistorisches Bild von „dem Islam“ als einer irrationalen, Gewalt verherrlichenden, unaufgeklärten und unaufklärbaren fundamentalistischen Religion ab. Interessanterweise stimmen sie hierin mit dem Selbstbild reaktionärer und radikaler Islamisten überein, die ebenfalls im Islam eine holistische, ewig gültige und unwandelbare Essenz wirken sehen.¹ Sie konstruieren in Abgrenzung hierzu das idealisierte Selbstbild einer rationalen, aufgeklärten, friedfertigen und demokratischen europäisch-amerikanischen Identität, die aus dem Christentum erwachsen sei. Ausgeblendet werden hierbei die historische und gesellschaftliche Genese dieser modernen Werte und die Verletzlichkeit des eigenen zivilisatorischen Fortschritts. Auch ignoriert diese Sichtweise die Mitverantwortung westlicher Machtpolitik für die Unterentwicklung und Gewalt im Nahen und Mittleren Osten. Denn der Nahostkonflikt um Palästina und Verteilungskämpfe um die Rohstoffe wie das Erdöl rückten die Region im 20. Jahrhundert in den Fokus der Weltpolitik.

Besonders problematisch wird die gegenseitige ideologische Abgrenzung aktuell, weil sich amerikanisch-europäische und muslimische Krieger an einigen Kampfschauplätzen gegenüberstehen und ihre Konfrontation als den Gegensatz zwischen Gut und Böse, Wahrheit und Unrecht, Freiheit und Mittelalterlichkeit interpretieren. Auffallend ist die Symmetrie, in der apokalyptische und eschatologische Visionen auf beiden Sei-

¹ Kritisch zu dieser beidseitigen Essentialisierung des Islams äußert sich al-Azmeh, Aziz: *Islams and Modernities*. London/New York 1993.

ten wieder Einzug in machtpolitische Auseinandersetzungen finden.² Aber auch im „multikulturellen“ Miteinander unserer Großstädte trägt eine latente Islamophobie im öffentlichen Diskurs eine Mitschuld am Entstehen von „Parallelgesellschaften“. Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, ein differenzierteres Verständnis des Islamismus zu erarbeiten und einen pragmatischeren Umgang mit seinen gemäßigten Vertretern anzumahnen. Islamismus ist weniger eine religiöse Bewegung als vielmehr eine politische Ideologie. Der Umgang mit seinen Anhängern sollte daher entkulturalisiert und repolitisiert werden.

Religion oder Politik?

Die Religion des Islams offeriert den Gläubigen eine Matrix möglicher Deutungs- und Handlungsoptionen für ihr Leben. Sie schränkt dadurch die Kontingenz menschlichen Handelns und dessen mögliche Deutungen zugunsten eines bestimmten Pools an Formen legitimen Handelns und dessen „Bedeutungen“ ein. Religiöse Überzeugungen können insofern politisches Denken und Handeln prägen. Besonders offensichtlich ist dies, wo ein Überschuss an „Irrationalem“ zum Tragen kommt, etwa im Märtyrerkult, Altruismus oder Ritualismus, der Außenstehenden oft als irrational und fanatisch erscheint.

Doch auch innerreligiös muss ein solches Verhalten begründet werden. Der Sinn einer solchen Handlung ist nicht religiös determiniert, sondern bestimmt sich erst aus dem jeweiligen gesellschaftspolitischen Kontext. Das Selbstmordattentat, das von seinen muslimischen Befürwortern Märtyreroperation genannt wird und mittlerweile als „typisch islamisch“ gilt, wurde zuerst von säkularen und nationalistischen Gruppierungen eingeführt.³ Anfangs wurde es innerislamisch wegen seiner Nähe zum streng verbotenen Selbstmord abgelehnt. Es wurde von schiitischen Is-

² Sowohl der iranische Präsident Mahmud Ahmadinejad als auch der US-Präsident George W. Bush behaupten von sich, mit höheren Mächten in Kontakt zu stehen und von diesen zu ihrem Handeln beauftragt zu werden.

³ Vgl. Reuter, Christoph: Selbstmordattentäter. Warum Menschen zu lebenden Bomben werden. München 2003; Croitoru, Joseph: Der Märtyrer als Waffe. Die historischen Wurzeln des Selbstmordattentats. München 2003.

Islamisten im Libanon in einer Situation eingeführt, als diese sich in einer asymmetrischen Konfrontation mit militärtechnologisch weit überlegenen Gegnern sahen. Die Methode entsprang weniger einem typisch islamischen Verhaltenskodex als vielmehr praktischen Überlegungen. Die Attentatsform wurde bei dem ersten Anschlag vom 11. November 1982 gegen das israelische Hauptquartier in der südlibanesischen Hafenstadt Sur von den Organisatoren noch verschleiert, und die folgenden Attentäter gegen die Multinational Forces (MNF) blieben längere Zeit anonym. Mit nur sechs Attentaten zwischen 1982 und 1983 gelang es islamistischen Gruppierungen aus dem Umfeld der späteren Hizb Allah, die internationalen Truppen der MNF aus den USA, Großbritannien, Frankreich und Italien aus dem Libanon zu vertreiben und die bis Beirut vorgerückten israelischen Truppen zum Rückzug in den Südlibanon zu zwingen.⁴ Die Verehrung des Märtyrerimams Husain (gest. 680 n. Chr.) im schiitischen Islam mag diese Selbstopferung im Attentat begünstigt haben. Sunnitische Palästinenser übernahmen diese Methode gleichwohl Mitte der 1990er-Jahre. Sunnitische Islamgelehrte legitimierten sie aber erst retrospektiv, vor allem weil sie wegen ihres Erfolgs in der Bevölkerung populär geworden war.⁵

Das Wissen um die religiösen Quellen und Deutungsmuster des Islams kann nützlich sein, um die Lehre und das Verhalten von Islamisten zu verstehen. Es reicht aber nicht aus, um diese zu prognostizieren. Denn sie entstehen und erklären sich erst aus dem Zusammenspiel mehrerer Faktoren, darunter dem lokalen, regionalen und internationalen politischen Umfeld.

⁴ Im Einzelnen handelte es sich um folgende Attentate: am 11.11.1982 gegen das israelische Hauptquartier in Sur, am 18.4.1983 gegen die US-Botschaft in Westbeirut, am 23.10.1983 gegen die Hauptquartiere der französischen und US-amerikanischen Truppen der MNF in Westbeirut, am 4.11.1983 erneut gegen das israelische Hauptquartier in Sur sowie am 20.9.1984 gegen die neu bezogene US-Botschaft in Ostbeirut.

⁵ Pape geht von einer „strategischen Logik“ dieser Attentatsform aus. Von den 188 von ihm untersuchten Anschlägen geschahen 179 (95%) im Rahmen von Kampagnen. Beendet würden diese nach strategischen Überlegungen der Führer. Pape, Robert A.: *Dying to Win. The Strategic Logic of Suicide Terrorism*. New York 2005.

Der politische Kontext

Islamismus ist die Reaktion auf eine grundlegende Strukturkrise und fundamentale soziale Transformationen im Nahen und Mittleren Osten. Vor allem reagiert er auf die politische Krise des Nationalstaats in der Region und auf die Herausforderungen der ökonomischen Globalisierung. Verursacht durch den rapiden sozioökonomischen Wandel der vergangenen Jahrzehnte – durch Urbanisierung, Bevölkerungswachstum, Bürokratisierung, Industrialisierung und die zunehmende Einbindung in den und Abhängigkeit vom Weltmarkt – sind die traditionellen Solidarsysteme und Identitätsmuster des Familienverbandes, der Dorfgemeinschaft und anderer Formen parochialer Vergemeinschaftung geschwächt bzw. zerbrochen. Sie haben im Prozess der Modernisierung ihre bindende Kraft und Verlässlichkeit eingebüßt. Die säkularen (National-)Staaten der Region versagten, an deren Stelle verlässliche, integrative Institutionen zu errichten, die den Bürgern einen gerechten Zugang zu den Chancen und Ressourcen des Staates und der Gesellschaft ermöglicht hätten. Sie vermochten es nicht, ihren Bürgern die Versprechen der nationalen Unabhängigkeit von Freiheit, Fortschritt und Partizipation einzulösen. Die von ihnen propagierten nationalistischen und sozialistischen, wirtschaftsliberalen und prowestlichen Ideologien erlebten deshalb eine fundamentale Legitimitätskrise.

Die Niederlage der arabischen Staaten im Nahostkrieg von 1967 gegen Israel, in der dieses Scheitern besonders offensichtlich geworden war, wurde zur Geburtsstunde des Islamismus als Massenphänomen. In Israel wurde der Sieg seinerzeit als „Sieg Gottes“ gefeiert, und der zuvor säkulare Zionismus färbte sich in der Folge in einen religiösen, dem es um die Wiederherstellung von Erez Israel ging. Auf der Gegenseite empfanden viele Araber und Muslime die Niederlage als eine „Strafe Gottes“ für den Glaubensabfall und die Verwestlichung ihrer Regime und Gesellschaften.

Islamisten wurden teilweise noch protegiert und instrumentalisiert, um die Unzufriedenheit der Bevölkerung in – damals noch als ungefährlicher eingeschätzte – religiöse Bahnen zu lenken und sie so als Gegengewicht zu linken Oppositionsbewegungen einzusetzen. Ihnen wurden

politische Freiräume gewährt, die anderen oppositionellen politischen Kräften beschnitten wurden. Der ägyptische Präsident Anwar as-Sadat (reg. 1970-1981) entließ Islamisten aus den Gefängnissen, in die sein Vorgänger Jamal Abdel Nasser sie geworfen hatte, und benutzte sie, um sich gegen seine linksnasseristischen Konkurrenten durchzusetzen.⁶ 1981 starb er bei einem Attentat von Radikalislamisten.

Machtmissbrauch, Korruption, Nepotismus, eine wachsende Wohlstandsschere zwischen Verarmten und Superreichen sowie die politische Nähe zu neoimperialistischen Mächten entfremdeten die Bevölkerung seitdem weiter von ihren säkularen Regimen. Der rasante Ölpreisanstieg nach dem erfolgreichen Ölboykott von 1973 ermöglichte es einigen Herrschern zunächst noch, sich die Loyalität der Massen zu erhalten. Doch der Ölpreisverfall in den 1980er- und 90er-Jahren führte zu einer erneuten Krise der klientelistischen Rentierökonomien und zu sozialen Verwerfungen, die sich in einigen Ländern in spontanen „Brotunruhen“ entluden.⁷ In ihnen deuteten sich die Unruhe in der Bevölkerung und das Potential für eine oppositionelle Massenmobilisierung an. Die Unzufriedenheit mit den autokratischen Regimen, die soziale Anomie und die ökonomischen Krisen führten den Islamisten neue Anhänger zu.

Weltpolitische Verwerfungen

Die weltpolitischen Machtverschiebungen seit 1990 nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges verstärkten den Radikalisierungsprozess. Islamisten schätzten sich nun nicht mehr nur als den „dritten Weg“ neben Kapitalismus und Kommunismus, sondern als die beiden Ideologien überlegene zukünftige Macht ein. Die islamischen Glaubenskämpfer (Mujahidin), die die Sowjettruppen mit westlichem Training, Waffen und Geldern Anfang 1989 aus Afghanistan vertrieben hatten, sahen sich als die triumphalen Bezwingler des Kommunismus. Ein radikaler Flügel unter Usama bin Ladin war der Ansicht,

⁶ Kogelmann, Franz: Die Islamisten Ägyptens in der Regierungszeit Anwar al-Sadat (1970-1981). Berlin 1994.

⁷ So bereits 1977 in Ägypten, 1983 in Marokko, im Januar 1984 in Tunesien, im Oktober 1988 in Algerien oder im April 1989 in Jordanien.

der kapitalistische Westen ließe sich gleichfalls militärisch besiegen. Der Westen, und allen voran die USA, taten diesen Radikalislamisten den Gefallen, die negativen Klischees über sich zu bestätigen.

Die USA als einzig verbliebene Supermacht traten in der Region zunehmend hegemonial auf. Im Zweiten Golfkrieg 1990/91 zur Befreiung Kuwaits von irakischer Besatzung demonstrierten sie ihre militärische Überlegenheit. Viele Muslime in der Region fragten sich indes, warum der Westen nicht ähnlich entschieden gegen die bereits Jahrzehnte andauernde völkerrechtswidrige israelische Besetzung arabischen Territoriums in Palästina, Syrien und seinerzeit noch im Südlibanon vorgehe. Warum zogen sich die US-Truppen nach der Befreiung Kuwaits nicht wieder aus der Region zurück, sondern bauten dort Militärbasen auf? Hatten sie die Militäraktion nur als Vorwand genutzt, um sich die Ölfuhr aus der Region zu einem günstigen Preis zu sichern? Bereits der US-Präsident Jimmy Carter hatte in der nach ihm benannten Carter-Doktrin von 1980 eine solche Intervention zum legitimen Akt der „Selbstverteidigung“ deklariert.

Als Belohnung für das Stillhalten (Jordaniens) bzw. die aktive Unterstützung (Syriens und Ägyptens) einiger arabischer Staaten im Zweiten Golfkrieg, begannen 1991 die Friedensverhandlungen von Madrid. Aber trotz zahlreicher Gesprächsrunden und Abkommen verbesserte sich die Lage der Palästinenser kaum. Der israelische Siedlungsausbau wurde parallel zu den Verhandlungen ununterbrochen fortgesetzt. Am Vorabend der Camp-David-II Gipfelkonferenz (Juli 2000) lebten fast doppelt so viele Siedler in den besetzten Gebieten wie noch im Herbst 1993. Der zugesagte Rückzug war immer wieder verschleppt bzw. durch erneute Besetzung rückgängig gemacht worden. Neue Siedlungen, Siedlerstraßen, Hunderte von Checkpoints und zuletzt die weit in palästinensisches Territorium hineinreichende „Sicherheitsmauer“ zerschneiden das Westjordanland in einen Schweizerkäse, wobei Palästinenser die isolierten Löcher bewohnen.

So gewann die radikale Kritik der Islamisten am „Friedensprozess“ an Zulauf. Dieser diene nur als Maskerade, mit der der Westen sein imperialistisches „Konstrukt“ Israel beschützte. Die Schlinge um den „Schur-

kenstaat“ Irak wurde in den 1990er-Jahren wegen seiner mutmaßlichen – wie sich später herausstellte, nicht mehr vorhandenen – Massenvernichtungswaffen immer enger gezogen. Der durch die Vereinten Nationen verhängte Wirtschaftsboykott forderte in der irakischen Bevölkerung hunderttausende Tote durch Mangelernährung und schlechte Gesundheitsversorgung. Zur selben Zeit wurden die Beweise für das israelische Atombombenprogramm so erdrückend, dass heute niemand mehr ernsthaft seine Existenz leugnet.

Einer der Hauptvorwürfe gegen die Islamisten lautet, sie seien Antidemokraten. Doch als 1992 das algerische Militär dem drohenden Wahlsieg der islamistischen FIS zuvorkam, indem es putschte und die Wahlen aussetzte, wurde dies im Westen mit Erleichterung registriert. Die im Januar 2006 demokratisch gewählte Hamas-Regierung – es handelte sich um den ersten aus anerkannt freien Wahlen hervorgegangenen Regierungswechsel im arabischen Raum – wurde von Anfang an boykottiert. Niemand nahm Anstoß daran, dass die abgewählte Fatah sich weigerte, die von ihr kontrollierten Sicherheitskräfte der neuen Regierung zu unterstellen – was faktisch einem Putsch gleichkam. Erst als die Hamas im Sommer 2007 daran ging, die ihr zustehenden Institutionen im Gazastreifen zu okkupieren und möglicherweise einem Militärputsch der Fatah zuvorzukommen, wurde dies im Westen als „Putsch“ bezeichnet. Der Westen maß ganz offensichtlich mit zweierlei Maß.

Die Reaktion des Westens auf die Anschläge des 11. September mit den Kriegen in Afghanistan, im Irak und Libanon, der Kriegsgefahr in Syrien und im Iran hat zu einer Re-Radikalisierung vieler Islamisten geführt. Der „Krieg gegen den Terrorismus“ hat die Deutung des radikalen Islamismus vermeintlich bestätigt, es gehe dem Westen nicht um den Antiterrorkampf, sondern um die Vorherrschaft in der Region und die Bekämpfung des Islams. Die Militärintervention in Afghanistan 2001 war in mehrfacher Hinsicht ein Fehler: Es war versäumt worden, im Vorfeld alle nichtkriegerischen Optionen zu prüfen, beispielsweise ein „islamisches Gerichtsverfahren“ gegen Usama bin Ladin, wie es die Organisation Islamische Konferenz (OIC) seinerzeit vorschlug. Dadurch hätte man die Intention verdeutlichen können, Usama bin Ladin als Verbrecher und nicht als Muslim zu verfolgen. Die massive Bombardierung Afghani-

stans mit vielen tausend Ziviltoten diskreditierte das moralisch legitime Ziel, die Verantwortlichen für die Anschläge vom 11. September 2001 zur Rechenschaft zu ziehen. Rechnet man die mittlerweile Hunderttausenden Toten des Irakkriegs hinzu, der ebenfalls mit dem 11. 9. legitimiert wurde, so wachsen die Disproportionen ins Unermessliche. Dadurch bestätigte „der Westen“ im Orient erneut sein negatives Image, er messe mit zweierlei Maß, da die zivilen Opfer in den USA in ihrer Wertigkeit gegenüber den muslimischen Toten in Afghanistan höher gestellt würden.

„Der Islam ist die Lösung“ – Grundzüge der islamistischen Ideologie

Anfang der 1970er-Jahre traten Islamisten vermehrt als Massenbewegungen auf. Ihre Ideologie bestand zunächst aus einer Kritik der bestehenden Politik und Gesellschaften. Islamisten gewannen aus der Enttäuschung immer mehr Zulauf, weil sie „schon immer“ vor den unredlichen Absichten des Westens gewarnt hätten. Sie bündelten die Kritik an den bestehenden Zuständen und gaben vor, eine ganzheitliche Lösung für die Missstände zu besitzen. Als Lösung gaben sie aus: al-Islam huwa-l-hall – „der Islam ist die Lösung“. Dazu schwenkten sie den Koran und behaupteten, in diesem von Gott offenbarten Buch fänden sich Antworten auf sämtliche Fragen und Probleme der Zeit. Sie postulierten, es gebe eine spezifische Form von „islamischer Herrschaft“, „islamischer Gesellschaft“ und „islamischer Ökonomik“. Viele Muslime sehen daher die Lösung der Identitäts- und Integrationskrise in der Region im Islamismus, der ihnen mit seiner holistischen Lehre die Fragen des Warum, des Woher und Wohin beantwortet. Er gibt vermeintlich eine soziale Ordnung vor, verleiht eine einigende Identität und ermöglicht mit seiner religiösen Sprache eine für die Mitglieder verlässliche Kommunikation.

Moscheen und andere religiöse Versammlungsorte gehörten zu den wenigen nicht kontrollierten Nischen der autoritär beherrschten Staaten. Von diesen Orten ausgehend (so im Iran, in Ägypten und Algerien) oder im Vakuum durch Bürgerkrieg und Fremdherrschaft zerfallener Staaten (etwa im Libanon, in Palästina, in Afghanistan und neuerdings im Irak)

bauten Islamisten zunehmend funktional diversifizierte Netzwerke zivilgesellschaftlicher Institutionen und gesellschaftspolitischer Bewegungen auf. Sie engagieren sich in vielen Fällen für eine konkrete Verbesserung der Lebensumstände und versorgen (nicht nur) ihre Anhänger mit den Ressourcen und übernehmen Funktionen, für die normalerweise ein moderner Staat zuständig ist: Infrastrukturmaßnahmen wie Straßenbau und Müllabfuhr, Schulen und Berufsausbildung, soziale Sicherung und karitative Versorgung, Wirtschaftsförderung, Lebensmittelversorgung, Rechtssicherheit, Rechtsschutz nach innen und in einigen Fällen Verteidigung nach außen.

Die Parole vom Islam als „der Lösung“ impliziert dabei fünf prinzipielle Fragen:

1. Auf welche Islaminterpretation beziehen sich die Islamisten?
2. Welche Lösungen bietet der Islam ihrer Meinung nach?
3. Auf welche Probleme bietet er diese Lösungen?
4. Welche Methoden dürfen bzw. sollen hierbei angewandt werden?
5. Wer ist dazu befugt, all diese Fragen zu beantworten?

Die Antworten hierauf sind je nach Herkunft der Islamisten und der Konfliktkonstellation ihrer Heimatgesellschaften sehr unterschiedlich ausgefallen.⁸ Zum gemeinsamen Kernbestand der islamistischen Ideologie(n) gehören die folgenden Vorstellungen:

Der Islam sei die abschließende und beste Weltlehre, die alle bisherigen monotheistischen Religionen in sich aufnehme und überwinde. Er sei auch allen menschengeschaffenen Ideologien wie Sozialismus, Kommunismus, Nationalismus, Kapitalismus und Liberalismus überlegen. Die positive Rede vom Islam weckt die Erinnerung an eine goldene Frühzeit, in der der Prophet Muhammad und seine Gemeinde eine „gerechte Staatsform“ entwickelt haben sollen, die innerhalb kürzester Zeit zu ei-

⁸ An anderer Stelle habe ich bereits eine ausführliche Typologie des Islamismus anhand dieser fünf kategorialen Fragen entwickelt: Rosiny, Stephan: „Der Islam ist die Lösung“ – Zum Verhältnis von Ideologie und Religion im Islamismus. In: Feichtinger, Walter/Wentker, Sibylle (Hrsg.): Islam, Islamismus und islamischer Extremismus. Eine Einführung. Wien 2008, S. 61-76.

nem Weltreich expandierte. Diese Reminiszenz der eigenen Stärke steht im Kontrast zur real existierenden Misere.

Islamisten wenden sich gegen alles „Unislamische“, das ihrer reinen Utopie im Wege steht. An vorderster Stelle der Kritik stehen die korrupten, nepotistischen Herrschercliquen ihrer Heimatländer. Sie würden mit Geld, Waffen und Militärinterventionen vom imperialistischen Westen gestützt und seien bestrebt, ihre Gesellschaften unterentwickelt, unmündig und abhängig zu halten und die gläubigen Muslime ihrer Religion zu entfremden, um ihre Widerstandskraft zu brechen.

Der radikalen Kritik des Bestehenden halten sie eine sozialromantische Utopie entgegen. Islamisten gehen davon aus, dass der Islam ein zu allen Zeiten, an allen Orten und für alle Menschen verbindliches Regelwerk göttlichen Ursprungs bereithalte, die Schari'a, mittels derer sich eine unfehlbare Ordnung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft errichten und eine ideale Gesellschaft als das „Reich Gottes auf Erden“ verwirklichen lasse. In ihr gebe es keine Tyrannei, Ungerechtigkeit und Verbrechen mehr, weder Armut noch Hunger, keine Diskriminierung nach Rasse und Herkunft. Die Menschen würden allein nach ihrem Wissen und Können, ihrer Nützlichkeit für die islamische Gesellschaft und nach der Reinheit ihres Glaubens bewertet. Korruption, ererbte Privilegien und protzige Zurschaustellung von Reichtum, wie sie charakteristisch für die bestehenden Dynastien seien, würden abgeschafft. Sexuelle „Perversionen“, Unzucht und Hedonismus als Ausdruck einer sinnentleerten, konsumistischen westlichen Moderne würden keine Rolle mehr spielen, da die Menschen, von ihrer Veranlagung her zum Islam geboren (Fitra), ihre natürliche Bestimmung im wahrhaftig sinnstiftenden Glauben finden und verwirklichen würden. Soziale Harmonie und gegenseitige Solidarität bestimmten das Zusammenleben, wahre Partnerschaft zwischen den gleichwertigen, aber nicht gleichartigen Geschlechtern, eine aus gegenseitigem Respekt erwachsende Achtung zwischen Kindern und ihren Eltern, eine Gesellschaft, die all ihren Mitgliedern sündenfreien Erwerb ihres Lebensunterhalts ermögliche.

Die aufrechten Gläubigen seien angehalten, permanente Anstrengung (Jihad⁹) aufzuwenden, um gegen äußere Bedrohungen und die inneren Versuchungen zu kämpfen. Es gehöre dabei zum Wesen des Jihad, die für die jeweilige Situation adäquate Methode herauszufinden und anzuwenden. Der Kampf zur Überwindung der Unwissenheit (Jahiliyya¹⁰) geschieht durch Bildungsarbeit und Mission (Da'wa¹¹). Um sich der polytheistischen „Götzenanbetung“ in der westlichen Konsumgesellschaft und den Klientelnetzwerken der staatlichen Bürokratie zu entziehen, bauen Islamisten Netzwerke von NGOs auf. Sie sondern sich dadurch von der ungläubigen Gesellschaft und dem tyrannischen Staat ab (Hijra¹²). Einige islamistische Bewegungen legitimieren Gewalt. Denn wenn die tyrannischen Regime ihre Macht und Privilegien nicht freiwillig aufgeben oder sie gar durch Militärinterventionen der westlichen und ehemals östlichen Imperialisten stützen lassen, dann sei der bewaffnete Aufstand gegen sie legitim. Islamische „Befreiungsbewegungen“ wie die Hizb Allah im Libanon und die Hamas in Palästina berufen sich in ihrem Kampf gegen die israelische Besatzung auch auf das Menschenrecht der Selbstverteidigung und das Völkerrecht.

⁹ Zum unterschiedlichen Jihad-Verständnis heutiger Islamisten siehe: Rosiny, Stephan: Der jihad. Eine Typologie historischer und zeitgenössischer Formen islamisch legitimer Gewalt. In: Piegeler, Hildegard u. a. (Hrsg.): Gelebte Religionen. Untersuchungen zur sozialen Gestaltungskraft religiöser Vorstellungen und Praktiken in Geschichte und Gegenwart. Festschrift für Hartmut Zinser. Würzburg 2004, S. 133-149.

¹⁰ Jahiliyya bezeichnet die vorislamische Zeit, in der noch nicht das Wissen um den Islam vorhanden war und die Menschen daher in „barbarischer“ Unwissenheit lebten. Politisiert wurde der Begriff von Abu-l-A'la al-Maududi und Sayyid Qutb, die ihn als politischen Kampfbegriff gegen die ignoranten Regime ihrer Heimatländer übertrugen, um sie als Rückschritt zu portraituren. Dieser könne nur durch eine Wiederbelebung des Islams überwunden werden.

¹¹ Wörtlich: „Ruf, Einladung“, gemeint ist: Einladung zum Islam.

¹² Hijra bezeichnet die Auswanderung Muhammads und seiner Gefährten aus dem polytheistischen Mekka nach Yathrib, der „Stadt des Propheten“ (Madinat an-Nabi, daher der heutige Name Medina), in der sie die islamische Urgemeinde von Medina gründeten; vgl. Schaller, Günter: Die „Gemeindeordnung von Medina“ – Darstellung eines politischen Instrumentes. Ein Beitrag zur gegenwärtigen Fundamentalismus-Diskussion im Islam. Augsburg 1985.

Aber nur radikale Jihadisten halten Geiselnahmen, die Entführung öffentlicher Transportmittel und die absichtliche Tötung von Zivilisten für islamisch legitim. Sie verabsolutieren ihr Ziel einer „islamischen Ordnung“, so dass alle Kritiker als Abtrünnige (Murtaddun) und Ungläubige (Kuffar) beschimpft und eventuell sogar ermordet, Neutrale wegen ihrer Indifferenz als „Kollateralschäden“ getötet werden dürfen. Innerislamische Kritiker dieser terroristischen Gewalt betonen hingegen, dass der Zweck nicht die Mittel heilige. Auch die angewandten Mittel müssten mit der islamischen Ethik harmonieren, weshalb etwa das Töten von Zivilisten und die Entführung öffentlicher Verkehrsmittel verboten seien.¹³

Fundamentalismus – Zur Fragwürdigkeit eines Begriffs

Der Begriff des Fundamentalismus wird für den hiesigen Kontext aus mehrerlei Gründen abgelehnt. Auf den Islam lässt er sich aus theologischen Gründen nicht sinnvoll übertragen. Während das Christentum die Inkarnation, die Menschwerdung Gottes in Jesus lehrt, geht der Islam von der Wortwerdung Gottes im Koran aus. Der Koran gilt Muslimen als das ewig gültige, unerschaffene und unmittelbare Wort Gottes. Insofern ist der Islam von seinem Wesen her eine „fundamentalistische“ Religion, weil das Wort und die Schrift des Koran als unumstößliches Fundament im Zentrum des Glaubens stehen. In diesem Fall verliert er aber seine differenzierende und erklärende Funktion.

Analytisch ist er ungeeignet, weil er eine Homogenität der Islamisten und eine Unwandelbarkeit ihrer Ziele suggeriert und dadurch einen realistischen Blick auf die Vielfalt islamistischer Ideologien und deren Flexibilität verstellt. Viele der heutigen Islamisten sind bei Anwendung religionswissenschaftlicher Kategorien nicht als Fundamentalisten zu bezeichnen. Imam Ruhullah al-Khumaini oder Usama bin Ladin sind in ihren politischen Ansichten und ihrer Methodenwahl radikal und extremistisch, aber sie sind keine Fundamentalisten. Khumainis islamische

¹³ Mit diesen Argumenten kritisierte etwa der oberste schiitische Gelehrte des Libanon, Muhammad Husain Fadlallah, die Anschläge des 11.9.2001.

„Urteile“ (Fatwas) folgten meist rein machtpragmatischen Überlegungen und wurden von konservativen Rechtsgelehrten verabscheut.¹⁴ Bin Ladin ist ein studierter Wirtschaftswissenschaftler und islamistischer Selfmademan, der sich heute als Koraninterpret versteht. Er vermischt synkretistisch Elemente verschiedener religiöser Quellen mit nationalistischem Jargon, nimmt Anleihen aus der islamischen Mystik, hat Visionen und Träume und lässt sich von seinen Anhängern mit Bai'a (Huldigung) verehren.¹⁵ Er gilt den eigentlichen „Fundamentalisten“ des Islams, den saudischen Wahhabiten, als ein Graus – auch wenn er unter ihnen aufgewachsen ist.

Als politischer Kampfbegriff unterstellt der Terminus, mit Fundamentalisten könne man prinzipiell nicht verhandeln, da sie fanatisch unumstößliche Prinzipien verfolgten, die sich nicht mit alltagspraktischen Lösungen vertragen. Meist wird Fundamentalismus mit Terrorismus gleichgesetzt, um zu signalisieren: Fundamentalisten müssen bekämpft und „ausgerottet“ werden. Dadurch ist der Begriff politisch gefährlich, weil er das eigene Handeln im Wesentlichen auf militärische Zwangsmaßnahmen reduziert. Möglicherweise entspricht dies aber gerade der Intention des Wortgebrauchs. Denn oftmals werden islamistische Gruppierungen pauschal als fundamentalistisch dargestellt, um unliebsame Gegner zu diskreditieren. Wenn die USA und Israel Hamas und Hizb Allah mit al-Qa'ida in einen Topf werfen und für fundamentalistisch und terroristisch erklären, dann bezeugen sie vor allem ihren Unwillen, deren Forderungen ernst zu nehmen. Missbraucht wird der Vorwurf des Fundamentalismus auch von säkularen Regimen, die sich damit gegen ihre islamistischen Kritiker immunisieren und sich dem Westen als die vermeintlich verlässlicheren Partner andienen wollen.

Zu den Fundamenten, „ad fontes“ zurückzukehren ist ein Topos, der nicht nur von religiösen Bewegungen verwendet wird. Er muss nicht

¹⁴ Reissner, Johannes: Der Imam und die Verfassung. Zur politischen und staatsrechtlichen Bedeutung der Direktive Imam Khomeinis vom 7. Januar 1988. In: Orient 2/1988, S. 213-236.

¹⁵ Vgl. Rosiny, Stephan: Der jihad im Islam, ein kontroverses Rechtsgutachten von 1998 und die Anschläge vom 11. September. In: Aretin, Felicitas von/Wannemacher, Bernd (Hrsg.): Weltlage. Opladen 2002, S. 97-111.

reaktionär und gewaltsam auftreten, sondern kann durchaus mit progressiven Forderungen verknüpft sein. Ähnlich wie sich die Renaissance in Abgrenzung zum Mittelalter auf die Antike, die Reformation sich in Distanz zur katholischen Amtskirche auf das Urchristentum bezogen hat, um überkommene Verhältnisse ihrer Zeit zu überwinden, so versuchten die islamischen Reformer der Salafiya-Bewegung des 19. Jahrhunderts wie Jamal ad-Din al-Afghani und Muhammad'Abduh, die kulturelle und politische Verkrustung ihrer Gesellschaften aufzubrechen, indem sie eine Rückkehr zu dem von ihnen dynamisch und modernistisch uminterpretierten Urislam forderten. Es müssen mithin weitere Faktoren hinzugezogen werden, um zu erklären, in welchen Situationen die „fundamentalistische“ Rückkehr zu den Quellen in Rückschritt und Gewalt umschlägt, in welchen sie eventuell einen Beitrag für Reform, Erneuerung und Modernisierung liefern kann. Alles in allem verschleiert der Begriff mehr, als dass er klärt. Daher sollte man sich überlegen, durch welche präziseren Begriffe die unterschiedlichen islamistischen Bewegungen und Denkrichtungen differenzierend beschrieben werden können.

Islamismus und Nationalismus – ein Strukturvergleich

Islamismus als Ideologie zu fassen macht ihn vergleichbar einer anderen ideologischen Bewegung der Neuzeit, dem Nationalismus, mit dem er einige Charakteristika teilt. Beide operieren mit vagen Vorstellungen und Begrifflichkeiten, die sich situativ unterschiedlich deuten und daher flexibel veränderten Umständen anpassen lassen. Anhänger beider Ideologien stellen in ihrer Zeitdiagnose einer idealisierten ruhmreichen Vergangenheit eine dekadente Gegenwart gegenüber. Die Gemeinschaft sei gespalten, sie sei einem Komplott äußerer und innerer Feinde ausgesetzt und stehe in Abhängigkeit fremder Mächte. Sie geben vor, eine vermeintlich uranfängliche Wahrheit wiederentdeckt zu haben und wiederherstellen zu wollen (Nativismus). Bei der propagierten „Rückkehr zum Authentischen“ handelt es sich dabei faktisch um eine Neudefinition der Nation bzw. des Islams. Denn die Vielfalt historisch gewachsener lokaler Traditionen lösen sie mit einer rigiden moralischen Ethik und einem starken Konformitätsdruck faktisch in einer homogenen, anonymen Massengesellschaft auf.

Die Formel vom „Islam als Lösung“ spricht unterschiedlichste Gruppen, Schichten und Klassen an. Ähnlich wie Nationalisten trotz beträchtlicher sozialer Differenzen und unterschiedlicher Interessen die Gleichheit aller Bürger der Nation postulieren und dadurch die real existierenden Unterschiede verwischen, so fügen Islamisten all jene zu einer vermeintlichen Interessensgemeinschaft zusammen, die unter den bestehenden Verhältnissen leiden, auch wenn ihr Leid ganz unterschiedliche Ursachen hat. Beide adressieren eine ähnliche Klientel, und sie artikulieren ähnliche Probleme. Auch in ihren Methoden finden sich Parallelen, etwa der Typus des heroischen Märtyrers, der sich für die Gemeinschaft opfert.

Empfehlungen für den Umgang mit Islamisten

Islamisten sollten nicht als eine einheitliche ideologische Bewegung pauschal diskreditiert, sondern aufgrund ihres tatsächlichen Verhaltens und ihrer konkreten Zielsetzung bewertet werden. Sie lassen sich grob in zwei Tendenzen unterteilen, eine national-islamistische und eine global-jihadistische Richtung, mit denen unterschiedlich umgegangen werden muss.

Global agierende Jihadisten wie al-Qa'ida

Al-Qa'ida und die global vagabundierenden Jihadisten mit ihrer brutalen, auch gegen andere Muslime gerichteten Gewalt sind nicht mehr durch einen zivilen Diskurs einzufangen. Sie stehen in ihrem Kampf mit dem Rücken zur Wand und verfügen über keine Rückzugsmöglichkeit in ein ziviles Leben mehr, da sie wegen ihrer Verbrechen teils weltweit gesucht werden. Ihr Ziel kann es bestenfalls sein, einen staatsfreien Raum wie seinerzeit in Afghanistan durch den Kollaps oder die Schwächung einer bestehenden Staatlichkeit zu erzeugen – oder den „Märtyrertod“ und den Ausgang ins Paradies zu suchen. Sie kämpfen meist in für sie fremden Ländern und Regionen und sind nicht in der Bevölkerung verwurzelt. Sie haben daher wenig Skrupel, Zivilisten als Schutzschild zu missbrauchen oder bei Anschlägen vorwiegend einheimische (muslimische) Zivilisten zu treffen.

Sie werden letztlich nur durch eine intelligente Politik einzudämmen und mit Sicherheitskräften zu bekämpfen sein. Allerdings sollte man alles daran setzen, ihnen keine neuen Rekruten in die Arme zu treiben. Die häufig wahllose Gewalt des „Krieges gegen den Terrorismus“ (Enduring Freedom), in dem nach wie vor viele Zivilisten als „Kollateralschäden“ umkommen, versorgt die radikalen Bewegungen mit neuem Zulauf an Sympathisanten und Kämpfern. Denn sie bestätigt ihr Selbstbild, es handle sich hier um keine Verbrechensbekämpfung, sondern um einen Kulturkrieg „der Kreuzritter“ gegen „den Islam“.

Mit al-Qa'ida lässt sich nicht mehr verhandeln, weil sie sich selbst ideologisch immunisiert hat. Man hätte beizeiten anders agieren müssen, um das Entstehen solch radikaler Gruppierungen zu verhindern. Ein großer Fehler ist es, aus machttaktischen Überlegungen staatsfreie Räume entstehen zu lassen. Nach dem Rückzug der Sowjettruppen überließ man Afghanistan seinem Schicksal. Im Irak sahen die US-Truppen 2003 tatenlos zu, wie der Mob nach dem Zusammenbruch des Saddam-Regimes Ministerien plünderte und in Brand setzte. Israel verhindert den Aufbau einer palästinensischen Staatlichkeit und schafft damit ein Machtvakuum, in dem derzeit der Qa'ida nahe stehende radikalislamistische Terrorgruppen entstehen.

Der größte Feind sind sich die Radikalislamisten selbst. Die grausam inszenierten Morde von Abu Mus'ab az-Zarqawi im Irak und die Selbstmordattentate, bei denen vorwiegend irakische und afghanische muslimische Zivilisten umkommen, haben al-Qa'ida viel Ansehen in der Region gekostet.

National operierende Islamisten

Auf nationaler Ebene agieren islamistische „Befreiungsbewegungen“ gegen eine ausländische Besatzung, Islamisten, die ihre Regime stürzen oder reformerisch verändern wollen, und zivile islamistische Bewegungen, die vorwiegend auf eine Veränderung ihrer Gesellschaften mittels Graswurzelarbeit setzen. Diese Islamisten agieren im Umfeld der eigenen Anhänger und müssen deshalb bemüht sein, auf deren Bedürfnisse

einzugehen. Sie haben kein Interesse an einer militärischen Eskalation, weil dies zu unkalkulierbaren Risiken für ihre Klientel führen könnte. Islamisten sind sensibel für Stimmungslagen, und sie beweisen einigen Pragmatismus in der Anpassung an neue Umstände.

In Ägypten hatten sich radikale Islamisten mit ihren Anschlägen gegen touristische Ziele in den 1990er-Jahren in der Bevölkerung, für die der Tourismus eine wichtige Einnahmequelle ist, so diskreditiert, dass sie ihre Methoden schließlich revidierten und sich vom Terror lossagten. Die Zahl der von Palästinensern verübten Selbstmordattentate hat nicht nur wegen der israelischen Sicherheitsmauer abgenommen, sondern weil diese Methode unter Palästinensern zunehmend als kontraproduktiv gesehen wird. Seit ihrem Wahlsieg im Januar 2006 hat die Hamas auf diese Kampfform verzichtet und setzt stattdessen auf Staatspolitik. Hassan Nasrallah, Generalsekretär der Hizb Allah, verkündete nach dem Ende des Sommerkriegs 2006 im Libanon, die übertriebene israelische Gegenreaktion auf die Entführung zweier Soldaten habe seine Vorstellungen überstiegen. Hätte er diese vorausgesehen, wäre es nicht zu der Entführungsaktion gekommen. Alle drei Beispiele zeigen, wie national agierende Islamisten aus pragmatischen Gründen auf Gewalt zu verzichten bereit sind, wenn dies den Interessen der von ihnen adressierten Mehrheitsgesellschaft entspricht und ihnen sonst Ansehensverlust droht. Gewaltbereite, auf nationaler Ebene agierende Gruppierungen können sich in moderate, reformerische Bewegungen transformieren, wenn ihnen glaubwürdige alternative Handlungsoptionen offeriert werden, etwa als Parteien bei Wahlen zu kandidieren. Genauso können sie aber in Situationen existentieller Bedrohung oder äußerer Angriffe durchaus wieder zur Gewalt zurückkehren.

Pragmatische islamistische Parteien und Bewegungen haben sich mittlerweile in zahlreichen nahöstlichen Gesellschaften etabliert. Sie müssen, wo sie im Alltag Verantwortung übernehmen, Antworten auf die Sachfragen unserer Zeit geben. Und so sollte auch der Umgang mit ihnen entideologisiert und pragmatischer werden. Man sollte sie als politische Kräfte verstehen, mit denen Probleme verhandelt und gemeinsame Lösungen erarbeitet werden können. Islamisten müssen außerdem schon aus pragmatischen Gründen als Akteure anerkannt und in Lösungspro-

zesse integriert werden. Die Muslimbruderschaft in Ägypten, die libanesische Hizb Allah oder die palästinensische Hamas sind tief in ihren Gesellschaften verwurzelt. Sie leisten mit ihren Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten, Kleinkreditprojekten und vielem mehr einen beachtlichen Beitrag für die Stabilität und Entwicklung ihrer Gesellschaften, besonders angesichts der Schwäche staatlicher Strukturen. Sie sind, selbst wenn man es wollte, militärisch nicht zu zerschlagen. Israel musste dies im Sommerkrieg 2006 feststellen.

Die national verankerten Islamisten sollten als legitime politische Akteure anerkannt und nicht als religiöse Fundamentalisten ausgegrenzt werden. Man sollte Islamisten an ihrem Anspruch messen, Lösungen für die Bevölkerung zu bieten. Die Probleme liegen im Nahen und Mittleren Osten auf der Hand. An vorderster Stelle steht die Gewalt, unter der Muslime am meisten leiden. Sicherheit ist eine globale Herausforderung, die nur als Gemeinschaftsaufgabe zu verwirklichen ist. Sie kann nicht gegen- sondern nur miteinander erreicht werden. Die globalen Herausforderungen bilden einen ideologieneutralen Raum, in dem gemeinsame Interessen und Herausforderungen wie Bildung, wirtschaftliche Kooperation, Rechtssicherheit, Klimawandel und andere ökologische Herausforderungen, Bevölkerungswachstum, Versorgung mit Rohstoffen und natürlichen Ressourcen und die Folgen einer rapiden Urbanisierung behandelt werden müssen. Fehlende Demokratie, Partizipationsrechte und Freiheiten gehören ebenfalls zu den drängenden Problemen der Region.

Auch Islamisten erkennen hierin die Herausforderungen der Zukunft. Sie sollten daher in einen verantwortungsethischen Diskurs eingebunden werden. Religiöse Gesinnung, etwa ein Verantwortungsgefühl für die Erhaltung der Schöpfung, können hier durchaus positiv eingesetzt werden. Es geht nicht darum, islamistische Bewegungen finanziell zu unterstützen. Aber pragmatische Hilfe für die Bevölkerung schafft gegenseitigen Respekt und Anerkennung. Große Hoffnung ruht in der Region auf der Europäischen Union, die als neutraler Mittler gegenüber den als partiisch und aggressiv gewerteten USA bevorzugt wird.